

Dietrich Böhler

Für eine Rede am Tag des Grundgesetzes, 23. Mai 2016 in Neuruppin auf der Montagsdemonstration von *Neuruppin bleibt bunt* – gegenüber der Kundgebung der „AfD“ mit Alexander Gauland

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Freundinnen und Freunde von Ganz-Ruppin bleibt bunt!

Ich danke unseren Organisatoren und zumal unserem Sprecher Herrn Martin Osinski für die Ehre, wieder einmal – es ist wohl das siebente Mal auf einer Veranstaltung der großartigen Bürgerinitiative *Neuruppin bleibt bunt* – mit Ihnen öffentlich kommunizieren zu dürfen. Zum ersten Mal waren meine Frau Bernadette und ich bei *Neuruppin bleibt bunt* zu Gast, als wir im November 2011, soeben erst nach Neuruppin gezogen, vor dem Kulturhaus gegen die NPD sprachen und die vorbeikommenden NPD-Herrschaften aufforderten, sich die Anwendung ihres Geistes in Auschwitz oder doch Sachsenhausen vor Augen zu führen; dann rezitierten wir die Philosophen Hans Jonas, Hannah Arendt und Günther Anders.

Auch heute bieten wir keine zündende, Beifall heischende Rede. Stattdessen bitte ich Sie um Ihre Nachdenklichkeit, denn es geht um zwei Argumente für den Diskurs mit der „AfD“ und den Mitbürgern, die sich von ihr ansprechen lassen.

Heute vor 67 Jahren, also 1949, haben mehr als zwei Drittel der deutschen Länder – leider durften die ostdeutschen Länder gar nicht dabei sein – dem politisch-ethisch besten europäischen Verfassungsentwurf zugestimmt, den die Abgeordneten des *Parlamentarischen Rates* seit dem 1. September 1948 in intensiven Beratungen und Debatten ausgearbeitet hatten.

Heute versucht die „AfD“ sich auf das Grundgesetz zu berufen, verlangt aber z. B. „direkte Demokratie“, was mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Außerdem gibt die „AfD“ in ihren „Politischen Leitlinien“ die Parole aus: „Ändern Sie nicht Ihre Meinung! Ändern Sie die Politik.“ Dazu zwei Argumente.

1.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland legt fest, daß nicht etwa direkte Demokratie herrschen soll und auch nicht bloße Mehrheitsherrschaft, sondern die repräsentative parlamentarische Demokratie in dem verbindlichen Rahmen von Grundrechten, die noch dazu mit einer ‚Ewigkeitsklausel‘ versehen sind: Artikel 79, Absatz 3: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ Ebenso garantiert Artikel 19, Absatz 2, die Unantastbarkeit der Grundrechte: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“

Mit diesen enormen Einschränkungen des Abstimmbaren und damit der Entscheidungsmacht des Volkes und der Parteien hat der Parlamentarische Rat naturrechtliche Grundsätze im Sinne der Menschenwürde (vgl. Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik

Deutschland) wie auch die Strukturprinzipien in Artikel 20 (Republik, Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat) mit einer zusätzlichen Sicherung versehen.

Welche Erfahrungen liegen dem zugrunde? Einmal der politische Urhoc des Abendlandes, der Platon nie losgelassen hat: 399 v. Chr. verurteilte die direkte Demokratie Athens den besten kritischen Demokraten und Dialogpartner zum Tode – Sokrates.

1933 n. Chr. brachte die Demokratie als bloße Mehrheitsherrschaft das Unrechts- und Terrorsystem der sogenannten „deutschen Volksgemeinschaft“ zur Macht. Vor diesem Hintergrund etablierten 1948 auf 1949 die Väter und Mütter des Grundgesetzes als unverbrüchliche Grundsätze:

1. das tragende Prinzip: Achtung der Würde jedes Menschen – nicht etwa jedes Deutschen (Art. 1),
2. die Verbindlichkeit der Grundrechte als Freiheitsansprüche aller in Deutschland lebenden Menschen, von der Religionsfreiheit über die Kommunikationsfreiheit bis zum recht auf Asyl (Art. 2-20),
3. die Anerkennung des Völkerrechts als verbindliches Bundesrecht (Art. 25) und
4. die Anerkennung der Genfer Konvention zum Schutz und zur Rechtssicherung verfolgter Flüchtlinge.

2.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, bedenken wir nun die zentrale Parole der „AfD“, die eine ganze Seite in ihrer Broschüre „Politische Leitlinien. Mut zur Wahrheit“ ausmacht, nämlich: „Ändern Sie nicht Ihre Meinung! Ändern Sie die Politik“. Ist das eine ernsthaft vertretbare Aufforderung? Wir sie den Ansprüchen der praktischen Vernunft gerecht, die wir stillschweigend voraussetzen, wenn wir unsere Meinung geltend machen? Diese Ansprüche – man nennt sie mit Jürgen Habermas ‚Geltungsansprüche‘ – lassen sich bündeln im Prinzip des argumentativen Diskurses oder Dialogs:

„Sucht die zustimmungswürdige Meinung. Stellt eure Meinung in den Dienst der *Wahrheitssuche*, indem ihr sie erprobt an allen sachdienlichen Informationen und an den besten Argumenten, die ihr entgegenstehen.“

So etwa, liebe Mitbürger, läßt sich, auch mit Rückblick auf Sokrates, das *Diskursprinzip* formulieren, nämlich als die Forderung der praktischen Vernunft, die eigene Meinung *selbstkritisch* dem Diskurs auszusetzen, statt sie unverändert festhalten und durchsetzen zu wollen, wie es die „AfD“ empfiehlt. Das ist gegen die Vernunft; und es läuft der Weisheit zuwider, die im repräsentativen parlamentarischen Rechts- und Verfassungsstaat Gestalt gewonnen hat. Denn hier werden die Meinungen und Stimmungen vielfach gefiltert; sie arbeiten sich ab an Gegenmeinungen; sie werden dank freier, pluralistischer Medien und eines investigativen Journalismus mit gut belegten Informationen konfrontiert und stehen unter der Erwartung der Kompromißbereitschaft, dieser demokratischen Tugend Nummer eins. Immer wieder hat der Bundeskanzler, Journalist und Autor Helmut Schmidt dazu aufgerufen.

Diese Tugend verlangt Selbstkritik. Die „AfD“ jedoch ruft zum Gegenteil auf. Damit und z. B. mit ihrer bornierten Forderung nach „direkter Demokratie“, welche sich über die

bösesten politischen Erfahrungen hinwegsetzt, legt sie Feuer an die kostbaren Institutionen unseres parlamentarisch-demokratischen Staats. So kostbar, weil sie im großen und ganzen und trotz mancher Verbesserungsbedürftigkeit der dialogischen Vernunft nahekommen.

Hüten wir eifersüchtig diese Errungenschaften – und aufs sorgsamste! Warum? Sie sind die beste politische und rechtliche Annäherung an die *dialogische Vernunft*. Und diese haben wir, sofern wir ernsthaft argumentieren, selbst in Anspruch genommen.

Genügen wir unseren Geltungsansprüchen, indem wir von Situation zu Situation stets das beste Argument suchen! Wie? Fragen wir, ob die gerade vertretene Meinung im Diskurs der sinnvollen Argumente standhalten kann, oder wie sie verändert oder ob sie verworfen werden muß.

Wie sollen wir das erkennen? Nehmen wir die Rolle derer ein, denen die geäußerte Meinung schaden könnte; und machen wir die Argumente dieser möglichen Betroffenen so stark wie möglich, nämlich diejenigen Argumente, die sich für die betroffenen Menschen oder Gruppen, Institutionen oder Werte, Tiere oder Ökosysteme ins Feld führen lassen. Der Maßstab ist: *Kann die geäußerte Meinung den besten Argumenten der Betroffenen gerecht werden?*

In Sachen „AfD“ heißt das: Kann ihr Programm und können die Meinungsäußerungen ihrer Vertreter den Argumenten pro Menschenwürde, pro Lebensrechte und Freiheitsrechte der Muslime, der geflüchteten Menschen, der Homosexuellen bzw. Lesben gerecht werden? Kann die „AfD“ den Argumenten pro Grundgesetz und parlamentarische Demokratie, aber auch pro Tier- und Umwelt Rechnung tragen?

Ein letztes Beispiel: Die „AfD“ will zurück zur Atomenergie. Abgesehen von den akuten Gefahren durch einen Unfall oder einen Anschlag besteht die Langfristgefahr bei der sogenannten Endlagerung des Atommülls. Das heißt aber, die „AfD“ nimmt die künftigen Generationen für eine Ewigkeit in Geiselhaft, nämlich für mindestens 25.000 Jahre oder gar für 250.000 Jahre hochrisikanter Endlagerungszeit hochradioaktiven Atommülls. Damit spricht sie den Argumenten pro Lebens- und Freiheitsrechte *vieler hundert Generationen* Hohn.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Erfüllen wir das deutsche Grundgesetz stets von neuem mit Leben! Entlarven wir die rechtspopulistischen Parolen! Ziehen wir den rechtspopulistischen Wölfen ihren demokratischen Schafspelz über den Kopf! Es lebe die dialogische Vernunft!